

BAföG-Skandal

Sind alle StudentInnen SchmarotzerInnen?

»Verschweigen von Vermögen kann bei Empfängern staatlicher Leistungen ebenso wenig geduldet werden wie bei Bürgern, die zur Abgabe von Steuern an die staatliche Gemeinschaft verpflichtet sind«, erklärte der Präsident des Deutschen StudentInnenwerks (DSW), Prof. Dr. Hans-Dieter Rinkens. Er bezog sich damit auf Pressemitteilungen von Mitte Juni über Rückforderungen zuviel gezahlter Studienfinanzierung nach einer Überprüfung der Vermögensverhältnisse bei BAföG-EmpfängerInnen, der so genannten BAföG-Rasterfahndung.

Die StudentInnenwerke hatten bei den Finanzbehörden nachgefragt, welche BAföG-EmpfängerInnen Anträge auf Freistellung von der Zinsbesteuerung gestellt und somit mehr Sparvermögen als zulässig auf dem Konto hatten. Wieder einmal geisterte die Mär von den StudentInnen, die die Allgemeinheit betrügen und sich ein schönes Leben machen, über die Stammtische. »Es geht hier nicht um verschwiegenes Vermögen in Luxemburg, sondern um Studierende, die trotz einkommensschwacher Eltern soviel Geld auf der hohen Kante hatten, dass sie keinen Anspruch auf die gezahlte staatliche Studienfinanzierung gehabt hätten«, stellte hingegen Rinkens klar. Die zugelassene Vermögensgrenze lag von 1977 an 23 Jahre unverändert bei 6000 DM, seit 2001 liegt sie bei 5200 Euro. Jetzt werden die Vermögen in den Jahren 2000 und 2001 überprüft. »Wenn aber Bund und Länder im Jahr 2000 erkannt hatten, dass der Freibetrag chronisch zu niedrig angesetzt war, ist es unverständlich, warum im Nachhinein diese Grenze

nun Maßstab sein sollte«, kritisierte Rinkens. Viele der jetzt belangten BAföG-EmpfängerInnen hätten bei Geltung des neuen Freibetrags nichts zu befürchten gehabt.

In den Medien wird häufig beispielhaft über die Lage beim BAföG-Amt Berlin berichtet. Von den etwa 23 000 BAföG-geförderten StudentInnen im Jahr 2000 hatte das Bundesamt der Finanzen bei 2600 StudentInnen Kapitalerträge über 100 Euro mitgeteilt. Aufgrund der Nachfrage bei den StudentInnen erledigten sich 700 Fälle. Lediglich in 99 Fällen (das sind 0,4 Prozent der BAföG-Geförderten) wurden Ordnungswidrigkeiten geahndet, nachgewiesener Vorsatz und Höhe der verschwiegenen Vermögen führten jedoch in keinem der Fälle zu Strafverfahren wegen des Vorwurfs des Betrugs. »Wer titelt: »BAföG für Betrüger« liegt demnach völlig falsch«, betonte Rinkens. Datenschutzbeauftragte hatten die BAföG-Rasterfahndung, welche im Windschatten der Rasterfahndung nach »islamistischen Schläfern« an den Hochschulen durchgeführt wurde, kritisiert, da sie keine entsprechende Gesetzesgrundlage hatte. Die Alternative Liste und StudentInnenvertretungen im gesamten Bundesgebiet lehnten die BAföG-Rasterfahndung aus Gründen des Datenschutzes ab – egal ob mit oder ohne gesetzliche Grundlage. Es bleibt darüber hinaus die Frage, ob der Bezug von staatlichen Unterstützungsleistungen wirklich an die nahezu vollständige Verarmung der BezieherInnen gekoppelt sein kann. Wir fordern: Schluss mit der Bespitzelung von BAföG-EmpfängerInnen! Für eine soziale Grundsicherung für alle!

Chip, chip hurra!

Mit Chipkarten in den freiwilligen Überwachungsstaat



Schwerter zu Pflugscharen, Überwachungskameras zu Wasserspeiern.

Foto: Raphaela Häuser

Hätte George Orwell gewusst, was man mit Chipkarten alles machen kann, hätte das Überwachungssystem in seinem Roman »1984« wohl anders ausgesehen. Es wäre weniger düster gewesen, und die Leute hätten jede Menge Spaß daran gehabt. Denn Chipkarten, die inzwischen zum täglichen Leben gehören, sind praktisch, und man spart damit Geld und Zeit. Das behauptet zumindest die Werbung, zum Beispiel für Payback- oder Happy-Digits-Karten.

Dass hinter dem schönen Schein andere Interessen stecken, ist längst nicht allen klar. Denn die kleinen Einkaufshelferinnen, die Geld oder tolle Prämien versprechen, sollen nicht nur die KundInnenbindung im ansonsten anonymen Einzelhandel verstärken, man kann damit auch prima Daten sammeln. Daten, die zu KundInnenprofilen zusammengestellt werden können und den WarenproduzentInnen damit helfen sollen, interessante KundInnenschichten besser anzusprechen.

Und da Geiz ja inzwischen sogar geil ist, ist die Entscheidung für die Karte schnell gefallen. Dabei ist es eigentlich gar nicht billiger. Die Kosten für die Karte und die Prämien werden über höhere Preise wieder hereingeholt. Die »freiwillig« abgegebenen Daten aber werden mit Sicherheit gewinn-

bringend verwertet. Und das nicht unbedingt nur intern, sondern unter Umständen auch über den Weiterverkauf an Dritte.

Der letzte Schrei im Chipkartengeschäft sind die Payback-Karten aber schon lange nicht mehr. Im Trend liegt momentan eine neue Chipgeneration, die bisher ungeahnte Möglichkeiten eröffnet: Der RFID-Chip (Radio Frequency Identification) funktioniert berührungslos, also ohne Kontakt zu einem Kartenlesegerät. Das testet, dass Daten »im Vorübergehen« gesammelt werden können, ohne dass die betroffenen Personen es bemerken. Einsatzfelder gibt es bereits genug: Metro testet ihn gerade auf seine Tauglichkeit, die Kassen beim Einkauf im Supermarkt überflüssig zu machen. Die Waren werden mit RFID-Chips versehen, am Ausgang werden alle Einkäufe erfasst und der entsprechende Betrag von der KundInnenkarte abgebucht. Die Metro-Kette bekam dafür den *Big Brother Award*, die Auszeichnung für besonders effektive Schnüffelei, für die Erstellung lückenloser Einkaufsprofile.

Einen Schritt weitergedacht kann der Chip dann direkt in die Ware eingebaut anstatt außen angeklebt werden. Benetton versucht das bereits. Hier werden die Datenträger direkt in die Kleidung eingebaut. Benetton beteuert, die Chips würden beim

Kauf deaktiviert werden. VerbraucherschützerInnen bezweifeln das allerdings.

Aber die neuen Superchips können auch direkt am lebenden Objekt eingesetzt werden, ohne Umweg über Konsumgegenstände. In den USA werden solche Geräte beispielsweise für elektronische Fußfesseln eingesetzt. Aber nicht nur für die Überwachung von StraftäterInnen werden Chips eingesetzt, sondern neuerdings zum Beispiel auch in einer US-amerikanischen Schule. Alle Schulangehörigen werden so registriert, wenn sie die Schule betreten und verlassen, wenn sie in der Cafeteria sind oder in einen Klassenraum kommen. So wird registriert, ob und wann sie zu spät kommen – selbstverständlich nur im Interesse ihrer eigenen Sicherheit. Hier lassen sich aber auch perfekte Bewegungsspuren aufzeichnen, ohne dass es von den überwachten Personen auch nur bemerkt wird.

Mit den Chips bietet sich eine neue Palette von Möglichkeiten, die am Ende auch die Universitäten nutzen könnten. Mit RFID ließe sich nahezu alles regeln, was an Chipkartengelüsten bislang geäußert wurde: Von Zugangsberechtigungen zu bestimmten Bereichen wie Bibliotheken über Rückmeldung und andere Verwaltungsvorgänge bis hin zur Verwaltung von Studienkonten und automatischen Anwesenheitslisten ist alles möglich. Geldkartenfunktionen für Mensa und Kopierer könnten selbstverständlich auch integriert werden.

Und wie zögerlich die Universitäten mit der Herausgabe der von ihnen gesammelten Daten umgehen, hat sich bei der Rasterfahndung vor zwei Jahren gezeigt, als sie teilweise in voreilem Gehorsam bereits vor den entsprechenden Gerichtsbeschlüssen die Daten aller männlichen Studenten den Landeskriminalämtern übergeben hatten.

Chipkarten sind Teil eines technischen Kontrollnetzes, zu dem Videokameras, die Überwachung der Telekommunikation vom Handy bis zur E-Mail und der Datenabgleich zwischen Sozialämtern, Finanzbehörden, EinwohnerInnenmeldeämtern, AusländerInnenbehörden etc. gehören. Wir verteidigen dagegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht aller Menschen, beispielsweise mit der Erstellung von Datenschutzformularen oder mit kritischer Begleitung des im Aufbau befindlichen unweiten Datenerfassungssystems *uk-online*.

Jutta Kahle

Mumia Abu-Jamal

Kampf gegen die Todesstrafe

Am 9. Dezember 1981 wurde der Polizeibeamte Daniel Faulkner in Philadelphia, USA, erschossen. Am Tatort festgenommen und der Tat beschuldigt wurde der damals 27-jährige Journalist und ehemalige Mitarbeiter der Black Panther Party, Mumia Abu-Jamal. Er wurde 1982 wegen Mordes zum Tode verurteilt und sitzt seit mehr als 22 Jahren in Einzelhaft in einer Todeszelle.

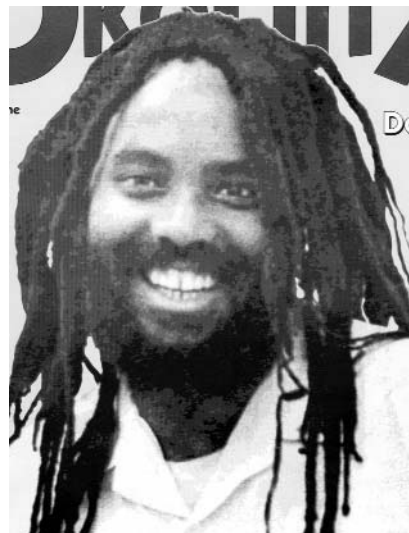
Der Prozess und das Todesurteil gegen Abu-Jamal waren ein Justizskandal: rassistische Geschworene, von der Polizei unter Druck gesetzte Zeuginnen, verschwundene »Indizien«. Inzwischen liegt sogar ein Geständnis des wahren Täters vor.

Mumia Abu-Jamal sitzt in der Todeszelle, weil er schwarz ist und ein Störenfried, der schon vor seiner Verhaftung kein Blatt vor den Mund nahm. Richter Sabo äußerte während des Prozesses 1982: »Ich werde dabei helfen, den Nigger zu grillen«. Mumia hat sich auch im Gefängnis nie den Autoritäten unterworfen. Sein Fall steht stellvertretend für den Kampf gegen das ungerechte Justizsystem und die willkürliche Todesstrafe in den USA.

Am 4. Oktober 2003 wurde Mumia zum Ehrenbürger der Stadt Paris erklärt. Die Bürgerrechtlerin und Hochschullehrerin Angela Davis nahm die Ehrung stellvertretend in Empfang. »Für ihn haben wir uns heute hier versammelt und für die Werte, die die Stadt Paris vertritt«, so der Pariser Bürgermeister Delanoë. »Unsere Stadt hat sich für das Leben entschieden, als sie mit

dazu beitrug, die Todesstrafe in Frankreich abzuschaffen. Mumias Geschichte veranlasst uns dazu, uns auf unsere grundlegenden Werte zu besinnen: Leben, Recht und Würde des Menschen. An der Seite von Mumia werden wir für die Abschaffung der Todesstrafe eintreten!«

Ende Oktober 2003 hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania Mumias Berufungsantrag zurückgewiesen und den Fall an ein Bundesgericht gegeben – von einem neuen Verfahren bis zu einem erneuten Hinrichtungsbefehl ist alles möglich! Die Solidaritätskomitees für Mumia rufen deshalb dazu auf, die Aktivitäten für seine Freilassung international wieder zu verstärken.



Arbeitskreis kritischer JuristInnen (AKJ)

Unser Anliegen ist es, gesellschaftspolitische und theoretische Bezüge des Rechts herzustellen. Wir finden, dass diese in unserer universitären Ausbildung unzureichend berücksichtigt werden. Das führt nicht nur dazu, dass die Rechtswissenschaft nicht umfassend gelehrt wird und das Studium weniger Spaß macht, sondern hat auch gesamtgesellschaftliche Konsequenzen, da die StudentInnen nicht zu selbstständigem kritischem Denken ausgebildet werden. Das macht sich schon während der Ausbildung bemerkbar. Viele fühlen sich im Massenbetrieb unzulänglich gefördert, überfordert und allein gelassen. Aber nur wenige glauben daran, etwas davon ändern zu können.

Wir wirken dem entgegen, indem unse-

re Gruppe Themen bearbeitet, die im Lehrplan wenig bis gar nicht vorkommen. In den letzten Semestern haben wir uns mit Rechtswissenschaft im Dritten Reich, Umweltpolitik, dem Lebenspartnerschaftsgesetz und Innerer Sicherheit beschäftigt. Auf hochschulpolitischer Ebene unterstützen wir die Examensvorbereitung ohne RepetitorIn. Einerseits, weil wir kommerzielle Repetitorien ablehnen und uns nicht damit abfinden wollen, dass die Universitäten ihren Bildungsauftrag nicht angemessen wahrnehmen. Andererseits, weil wir sicher sind, dass eine selbstständige Examensvorbereitung »ohne Rep« die StudentInnen, indem sie selbstbestimmt lernen und ihre eigenen Methoden finden können, in der Regel zu befriedigenderen Ergebnissen

führt. Hauptsächlich wollen wir unsere KommilitonInnen nicht nur zur Wahl, sondern auch zur Mitarbeit in und außerhalb der studentischen Gremien anregen. Wir sorgen dafür, dass wieder mehr StudentInnen bewusst wird, dass sie Gestaltungsmöglichkeiten haben. Nur der politische Prozess als Form der Bewusstseinsbildung, Auseinandersetzung und Kritik führt zu Veränderungen.

Der AKJ ist auf Bundesebene im Bundeskreis kritischer Juragruppen (BAKJ) organisiert. Der BAKJ veranstaltet zweimal jährlich rechtspolitische Kongresse, gibt das Forum Recht (gibt es auch im Hauptseminar) heraus und ist Mitherausgeber des Grundrechte-Reports.

Kontakt: akj@uni-koeln.de



Hans Hubert Schwanitz (Listenplatz 106)



Sarah Berg (Listenplatz 4), BAVV, Engere Fakultät, Fachschaft Kunst



Sebastian Schröder (Listenplatz 101) SprecherInnenrat der Phil, Solana Theater, Fachschaft Philosophie



Dörte Gutschow (Listenplatz 41) junge linke köln